



setzungsmöglichkeiten erarbeitet. Gender Mainstreaming ist auch fixer Bestandteil in den Schulungsmaßnahmen für die Gleichbehandlungskordinatorinnen und -koordinatoren.

Als Querschnittsmaterie der Europäischen Union wird Gender Mainstreaming auch bei Projekten, die aus EU-Mitteln gefördert werden, eingefordert. Die Abteilung Allgemeine Förderung initiiert und führt selbst EU-Projekte durch, in denen das Gender Mainstreaming-Prinzip entsprechend berücksichtigt wird, wie z.B. folgende Projekte des Frauenreferates: Projekt GEKO, zielt auf die gendersensible Zusammenarbeit in der grenzüberschreitenden Regionalentwicklung ab und es werden Verbesserungsvorschläge für die Implementierung von Gender Mainstreaming-Kriterien im INTERREG IIIA Programm erarbeitet. Weiters laufen zwei EU-Projekte im arbeitsmarktpolitischen Bereich mit dem Ziel, die Chancengleichheit am Arbeitsmarkt der Zukunft zu verbessern und das Berufswahlspektrum von Mädchen zu erweitern. Niederösterreich hat auch als erstes Bundesland eine eigene Koordinationsstelle im Territorialen Beschäftigungspakt eingerichtet, um im arbeitsmarktpolitischen Bereich dem Gender Mainstreaming-Prinzip Rechnung zu tragen. Die NÖ Frauenreferentin ist weiters Mitglied einer europäischen Lernpartnerschaft, die zum Ziel hat, Erfahrungen und Wissen zu Gender Mainstreaming auf europäischer Ebene auszutauschen und Modelle zur erfolgreichen Implementierung zu erarbeiten.

Die Erfahrungen aus den bisher gesetzten Aktivitäten zu Gender Mainstreaming in der NÖ Landesverwaltung sind Basis für die weitere Umsetzung in allen Bereichen. Bei allen politischen Entscheidungen und Vorhaben im Rahmen des selbstständigen Wirkungsbereiches des Landes, egal ob in der Förderungs-, Wirtschafts-, Sozialpolitik, bei der Verkehrs- und Städteplanung, bei Personalangelegenheiten oder in der Gemeindepolitik etc., sollen bereits im Planungsstadium die unterschiedlichen Lebensbedingungen, Interessen, Probleme und Chancen, die Frauen und Männer in der heutigen Gesellschaft vorfinden, analysiert und berücksichtigt werden. Darauf aufbauend können gezielte Maßnahmen zur Förderung der Gleichstellung gesetzt werden. In diesem Sinne sollen auch bei Gesetzesvorhaben und finanziellen Vorhaben die Auswirkungen auf Frauen und Männer geprüft sowie auf diesem Gebiet bestehende interne Vorgaben ergänzt werden.

Um die Implementierung von Gender Mainstreaming noch weiter voran zu treiben und um eine einheitliche Vorgangsweise in der gesamten NÖ Landesregierung zu gewährleisten, hat die NÖ Landesregierung nun folgenden Beschluss gefasst:

1. Die Mitglieder der NÖ Landesregierung bekennen sich zu Gender Mainstreaming als verbindliches Leitprinzip der Politik und der Verwaltung im Land Niederösterreich, dem in Zukunft auf allen Ebenen ein besonderer Stellenwert einzuräumen ist. Daher erklären die Mitglieder der NÖ Landesregierung, Gender Mainstreaming im eigenen Wirkungsbereich und in eigener Verantwortung umzusetzen und bei allen Tätigkeiten darauf hinzuwirken, Ungleichheiten zu beseitigen und die Gleichstellung von Männern und Frauen zu fördern.
2. Ein Arbeitskreis für die Bündelung bereits vorhandener Beispiele und für den Ausbau von Gender Mainstreaming in allen Bereichen der Landesverwaltung soll eingerichtet werden. Dieser soll von einer allgemein anerkannten Führungskraft aus der NÖ Landesverwaltung geleitet werden. Im Arbeitskreis sollen zumindest folgende Abteilungen vertreten sein: Landesamtsdirektion Verfassungsdienst, Landesamtsdirektion Aus- und Weiterbildung, Allgemeine Förderung, Finanzen, Personalangelegenheiten, Gemeinden, Gesamtverkehrsangelegenheiten sowie die NÖ Gleichbehandlungsbeauftragte und Zentralpersonalvertretung/Zentralbetriebsrat. Darüber hinaus sollen dem Arbeitskreis, bei speziellen Aufgabenstellungen soweit erforderlich, die konkret betroffenen Dienststellen beigezogen bzw. themenspezifische Subarbeitskreise eingerichtet werden.
3. Im Rahmen der Aus- und Weiterbildung für Landesbedienstete sollen Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger der NÖ Landesverwaltung weiterhin sensibilisiert und über die Umsetzungsmöglichkeiten des Gender Mainstreaming-Prinzips geschult werden.

Die NÖ Landesregierung beehrt sich, dies zu berichten.

NÖ Landesregierung  
Mag. Johanna Mikl-Leitner  
Landesrat